

NRW – der deutsche Gazastreifen?



Tag um Tag wächst die muslimische Bevölkerung in NRW. Früher oder später werden diese Muslime genau dasselbe tun, was sie überall auf der Welt tun: ihren eigenen muslimischen Staat fordern. Und selbstverständlich werden unsere Politiker einer solchen muslimischen Staatenbildung zustimmen. Aber wird sich ein zukünftiger muslimischer Staat in NRW gegenüber Restdeutschland friedlich zeigen? Oder entsteht in NRW ein feindseliger, militärisch aggressiver Gazastreifen?

(Von C. Jahn)

Türkisierung, Arabisierung und Islamisierung sind in NRW eine überall ins Auge fallende Tatsache: Jedes Jahr wird NRW ein Stück orientalischer, islamischer, fremder. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Türken und Araber nicht nur in einigen Stadtteilen, sondern auch in ganzen Städten und Regionen die Mehrheit bilden werden. Dass dann die üblichen ethnischen

Territorialansprüche zu hören sein werden, gehört zum Einmaleins der Politik: Ethnische Mehrheiten fordern eigene Staaten.

Gehen wir also im Rahmen einer politischen Strategiebetrachtung einmal davon aus, dass ein solcher türkisch-arabischer Staat in NRW in absehbarer Zeit gefordert werden und aufgrund der gewohnten Appeasement-Politik der bunten Blockparteien tatsächlich auch entstehen wird. Wie wird sich ein solcher Staat gegenüber dem Rest Deutschlands verhalten? Wird er „friedlich“ sein? Oder wird er ein kriegerisches Gebilde darstellen, das – analog Gaza – Raketen auf die umliegenden restdeutschen Städte abschießen wird? Werden sich die Deutschen im Koblenz der Zukunft ähnlich vor Raketen fürchten müssen wie heute die Israelis in Tel Aviv?

Gutgläubige Zeitgenossen werden die Annahme vertreten, dass regionale ethnische Mehrheiten, sobald sie einen eigenen Staat besitzen, endlich friedlich sein werden: Man hat ja alles erreicht. Dieser Wunschvorstellung ist entgegenzusetzen, dass sich die Grenzen eines zukünftigen türkisch-arabischen Staates in NRW von Anfang an gar nicht so einfach ziehen lassen werden, da die türkisch-arabische Population in Deutschland fortwährend weiter steigt und viele Gebiete, die zum Gründungszeitpunkt eines türkisch-arabischen Staates nur teilweise türkisch-arabisch besiedelt sind, binnen kurzem ebenfalls mehrheitlich türkisch-arabisch sein dürften. Dann werden in diesen Gebieten – ähnlich wie heute in der Ostukraine hinsichtlich Russlands – Wünsche zu hören sein, sich dem etablierten türkisch-arabischen Kernstaat anzuschließen: Warum sollte man weiterhin zu einem „deutschen“ Teil Deutschlands gehören, wenn nur ein paar Kilometer weiter türkisches Hoheitsgebiet beginnt? Eine türkisch-arabische Staatenbildung in NRW als solche wird also nicht verhindern können, dass der neu geschaffene Staat eine unausweichliche Tendenz zur Ausdehnung besitzen wird, die sich aus den weiterhin wandelnden ethnischen Verhältnissen in vielen

anderen Teilen Deutschlands nahezu zwangsläufig ergeben wird.

Die entscheidende Frage im Blick auf Krieg und Frieden ist daher, wie sich die Politik in Restdeutschland gegenüber diesen natürlichen Ausdehnungstendenzen eines zukünftigen türkisch-arabischen Staates in NRW verhalten wird.

Nehmen wir einmal an, das derzeitige Kartell bunter Blockparteien kann sich auch in den nächsten Jahrzehnten, unterstützt von der Jubelpresse, an der Macht halten. In diesem Szenario werden die Blockparteien, wie gewohnt, allen türkisch-arabischen Forderungen hündisch nachgeben: Hauptsache, es ist Ruhe im Karton. Sowohl Gründung als auch Ausdehnung eines türkisch-arabischen Staates in NRW würden dann von der deutschen Politik nicht nur begrüßt, sondern auch bezahlt, organisiert, koordiniert und durch eigenes amtliches Personal aktiv vorangetrieben werden. Aus territorial strittigen Gebieten mit nennenswertem deutschen Bevölkerungsanteil in Umland und Nachbarschaft des neu gebildeten Staatswesens würde sich der deutsche Staat mit größter Wahrscheinlichkeit, ähnlich wie heute bereits in türkisch-arabischen Großstadtvierteln, schrittweise zurückziehen, wirksamen Schutz verweigern, die dort lebenden deutschen Bewohner sich selbst überlassen und dadurch zur Abwanderung drängen, kurz: Er würde alle ihm zur Verfügung stehenden passiven Maßnahmen ergreifen, um den ethnischen Wandel auch in Mischgebieten außerhalb des türkisch-arabischen Staatswesens zugunsten der Türken und Araber zu beschleunigen. Sobald durch eine solche Politik „passiver ethnischer Säuberungen“ vollendete Tatsachen zulasten der Deutschen geschaffen sein werden, wird der deutsche Reststaat die ursprünglich strittigen Gebiete ebenfalls dem türkisch-arabischen Territorium zuschlagen. In diesem Szenario bliebe Deutschland also „friedlich“ im Sinne eines auf Kosten der zu verdrängenden Deutschen und durch permanente Abgabe von Landesteilen erkaufte Scheinfriedens – im Grunde eine Fortsetzung der schon heute in nahezu allen buntisierten

Stadtteilen der Bunten Republik zu beobachtenden amtlichen Vorgehensweise, wenn auch in größerer Dimension.

Im Gegenzenario nehmen wir einmal an, dass das bunte Kartell in den kommenden Jahren an Macht verlieren wird, auch weil sich der derzeitige Spagat der Jubelpresse zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinungsmache aufgrund der Offensichtlichkeit der Propaganda irgendwann nicht mehr aufrecht halten lässt. In 20 oder 30 Jahren wäre eine deutsche Regierung dann wachsamer und sensibler, sie wäre weniger radikal und differenzierter. Auch wenn sie eine türkisch-arabische Staatenbildung in NRW wohl nicht verhindern kann – dazu ist das organisierte Gewaltpotenzial innerhalb der türkisch-arabischen Populationsgruppe mit laut Verfassungsschutz 40.000 potenziellen Kämpfern zu hoch – wird sie sich möglicherweise einer endlosen Ausdehnung eines solchen Staates entgegenstellen. Da die erwähnten ethnopolitischen Entwicklungen in Restdeutschland – fortwährende Erhöhung des türkisch-arabischen Bevölkerungsanteils – allerdings permanent politischen Handlungsdruck zur Veränderung der ursprünglich vereinbarten Territorialgrenzen aufbauen werden, käme es selbst bei einer Kombination aus „Entschlossenheit“ einer deutschen Regierung und echtem „Friedenswillen“ des türkisch-arabischen Staates zum Konflikt: Je mehr der ethnopolitische Druck zur Grenzveränderung zunimmt, ohne dass beide Regierungen gewillt sind, auf diesen Druck durch Neuverhandlung des Status Quo zu antworten, desto mehr wird er sich verstärken und wäre irgendwann auch beim besten Willen nicht mehr friedlich lösbar. Sofern also eine weniger sklavische deutsche Regierung der Zukunft jemals eine „rote Linie“ ziehen würde, um eine Ausdehnung des türkisch-arabischen Staates auf andere Gebiete Deutschlands zu verhindern, und diese „rote Linie“ tatsächlich beibehält, würde sich der Konflikt genau an dieser „roten Linie“ immer gewalttätig – sprich: militärisch – entzünden.

Ob eine solche militärische Eskalation dann mitten in

Deutschland zu ähnlichen Bildern führen wird, wie wir sie heute nur aus dem Krieg zwischen Israel und dem Gazastreifen kennen, ob man in Koblenz und Wiesbaden um sein Leben rennen wird, um sich vor Raketentreffern aus Köln zu schützen, ob Panzer der Bundeswehr Straßen nach Dortmund und Duisburg abriegeln werden, um Waffenschmuggel und Infiltration durch türkisch-arabische Terroristen zu verhindern – das vermag niemand im einzelnen vorherzusagen. Dennoch lässt eine Betrachtung der beiden Szenarien erkennen: Ganz gleich, ob uns weiterhin das heutige Machtkartell beherrschen wird oder nicht, der Himmel über NRW hat sich verdüstert, die Deutschen an Rhein und Ruhr sehen einer bedrohlichen Zukunft entgegen.